

Im Kampf um eine demokratische Schule

Lehrerverein und Lehrerinnenverein nach dem ersten Weltkrieg

Jürgen Burger

■ Zu Beginn des ersten Weltkrieges waren viele Lehrkräfte zum Militär einberufen worden. Bis 1918 waren 92 Volksschullehrer, 27 Lehrer an höheren Schulen und 52 Seminaristen gefallen. Ruheständler und Hilfskräfte hielten oft den Unterricht aufrecht. Außerdem wurden einige Schulen zu Lazaretten und wegen der allgemeinen Hungersnot wurden Schulspeisungen eingeführt. Im Januar 1918 kam es in Bremen – wie in vielen anderen Städten – zu Hungerrevolten und Streiks.

Am 06. November 1918 trafen auf dem Hauptbahnhof Matrosen aus Kiel ein, die gegen den Krieg revoltierten, und marschierten zur AG »Weser«-Werft. 48 Stunden später hatte sich der in den Betrieben und Kasernen gewählte Bremer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der am 14. November die Regierungsgewalt übernahm. Diese revolutionären Ereignisse änderten die politischen Bedingungen für die Lehrkräfte grundlegend.

Lehrerkammer, Lehrerrat und Schulleiterwahl

Am 23. November fand eine Versammlung aller Lehrerinnen und Lehrer mit ca. 1800 TeilnehmerInnen statt, die sich als »Lehrerkammer« konstituierte und einen »Lehrerrat« gründete, der aus den einzelnen Gruppen von je 50 Lehrkräften bzw. Seminaristen gewählt wurde. Vorsitzender des Rates wurde H. Lüdeking, der langjährige Vorsitzende des Bremischen Lehrervereins.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte einen »Bildungsausschuss« eingesetzt, dem die BLV-Mitglieder H. Böse und H. Eildermann angehörten. Am 07. Januar 1919 verfügte der Ausschuss die Abschaffung des Religionsunterrichts und der Morgenandachten, die Wahl der Schulleiter durch das Kollegium und die Wiedereinstellung der vor 1914 gemäßregelten sozialdemo-

kratischen Lehrkräfte. Diese Verordnung war im »Verein sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen« vorbereitet worden, in dem sich der linke Flügel des BLV am 02. Januar zusammengefunden hatte.

Schon wenig später, am 04. Februar, wurde die Bremer Räterepublik durch die militärische Intervention der Reichsregierung niedergeschlagen. Es wurde eine provisorische Regierung eingesetzt. Diese bestätigte zunächst die Verordnung des Bildungsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates. Die weiteren schulpolitischen Entscheidungen waren jetzt von der am 09. Februar gewählten bremischen Nationalversammlung zu treffen.

Die Lehrerkammer existierte zunächst weiter. Im Sommer 1919 wurde sie in eine Deputierten-Versammlung mit 111 Mitgliedern umgewandelt, zu der am 21. September Listenwahlen stattfanden. Dabei gab es keine BLV-Liste, sondern die bekannten Vertreter kandidierten auf mehreren Listen. Die meisten Stimmen erhielt der Lehrerinnenverein mit 29 Sitzen. Es folgten die »Pädagogische Liste« mit dem ehemaligen »gemäßigten« BLV-Vorsitzenden K. Karrenberg (17), die »Liste der Schulreformer« mit F. Gansberg und die »Liste der akademisch gebildeten Lehrkräfte« (je 13). Die »Liste der sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen« mit dem aktuellen BLV-Vorsitzenden H. Lüdeking erhielt 8 Sitze. Danach folgten noch mehrere regionale (z.B. Vegesack) und gruppenspezifische Listen (z.B. die »Unpolitische Liste der Hilfslehrer und Kriegsseminaristen«, auf der der spätere SPD-Abgeordnete und Bildungssenator C. Paulmann kandidierte). Insgesamt stellten die Mitglieder des BLV und des Lehrerinnenvereins die große Mehrheit.

Die Lehrerkammer war die erste offizielle Vertretung der bremischen LehrerInnenschaft. Das im Reichstag

1920 verabschiedete Betriebsrätegesetz sah noch keine Personalvertretung der Beamten vor, diese wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt. Die Lehrerkammer fand auch in der neuen bremischen Verfassung vom 18. Mai 1920 keine Berücksichtigung. Der Bereich der Staatsbeamten blieb ein mitbestimmungsfreier Raum. Die Kammer löste sich auf. Schon vorher war die Fraktion der akademisch gebildeten Lehrkräfte ausgezogen.

Der größte Erfolg der Lehrerkammer war im Oktober 1919 die Verabschiedung des Gesetzes über die Schulleiterwahl durch das Kollegium. Die Wahlen wurden am 02. November durchgeführt. Die Schulleiter, die sich zur Wahl stellten, wurden alle bis auf einen im Amt bestätigt. Ein Teil stellte sich nicht zur Wahl und schied aus dem Dienst aus. Die Vorsteher reichten gegen dieses Verfahren Klage beim Reichsgericht ein. Das Gericht erklärte 1923 zwar die Amtsenthebungen von 1919 für rechtswidrig, bestätigte aber das Wahlverfahren für die Zukunft als rechtsgültig. Bis zum Beginn der NS-Diktatur blieb das leicht veränderte »Gesetz über die kollegiale Schulleitung und die Schulleiterwahl« in Kraft.

Der BLV als »Berufsgewerkschaft«

Entsprechend seiner Vorkriegstradition entwickelte der BLV ab 1919 weit gefächerte Aktivitäten pädagogischer und schulpolitischer Art. Zu den monatlichen Arbeitsversammlungen wurden oft auswärtige Referenten eingeladen. Viele bekannte BildungsreformerInnen der Weimarer Republik waren hier zu Gast, u.a. Anna Siemsen, F. Kahrsen, G. Wynicken, K. Löwenstein, L. Nelson und F. Klatt. Es gab pädagogische Arbeitsgemeinschaften (Geschichte, Schreiben, Lichtbildwesen) und Ausschüsse (Schulpolitik, Lehrerbildung, Schulgesundheitspflege, Berufsberatung, Schulbücher). Ab 1922 hatte der Verein mit der »Bremischen Lehrerzeitung« ein eigenes Presseorgan. Neu war gegenüber der Kaiserzeit, dass jetzt, in der demokratischen Republik, für die der BLV auch programmatisch eintrat, Fragen der materiellen und berufspolitischen Interessenvertretung einen höheren Stellenwert einnahmen.



Quelle: Staatsarchiv Bremen

70
Jahre
GEW

190
Jahre
Bremer
Lehrervereine
Teil 5

Im März 1922 erklärte sich der BLV mit einer neuen Satzung zur »Berufsgewerkschaft« und wurde Mitglied der »Arbeitsgemeinschaft Bremischer Beamtenverbände«. Den freien Gewerkschaften blieb er bis nach dem Zweiten Weltkrieg fern. Trotzdem führte das (noch rein theoretische) Bekenntnis zum »Beamtenstreik« dazu, dass eine kleine Gruppe, die eine gewerkschaftliche Organisation ablehnte, zusammen mit den Resten der althergebrachten »Konferenz bremischer Volksschullehrer« den »Bremischen Lehrerbund« gründete. Er hatte ca. 200 Mitglieder, während im BLV ca. 900 VolksschullehrerInnen und einige demokratisch-sozialistisch orientierte Lehrer höherer Schulen organisiert waren. Daneben gab es im Bereich der akademisch ausgebildeten Lehrkräfte den schon vor 1914 gegründeten Philologenverein.

1922/23 führte die Inflation zu einem immer schnelleren Gehaltsverfall. Der BLV kämpfte um eine neue Gehaltsordnung und schulte »Gehaltsrechner« für jedes Kollegium. Besonders schlecht waren die Verhältnisse für die Junglehrer, die nach dem Krieg zunächst nur als »Helfer« oder »Dauervertreter« mit halbem Gehalt eingestellt wurden. Sie erhielten im BLV eine eigene Vertretung, die »Vertreter- und Helfergemeinschaft«. Zusammen mit den Hilfslehrern, die sich auf das zweite Staatsexamen vorbereiteten, wählten sie den »Junglehrer-Ausschuss«.

Der Personalabbau im Beamtenbereich traf auch besonders die verheirateten Lehrerinnen. Zwar war das »Lehrerinnenzölibat« durch die Weimarer Verfassung aufgehoben, aber jetzt mussten sie als »Doppelverdiener« den Dienst verlassen. Die verheirateten Lehrerinnen im BLV legten eine Entschließung vor, in der sie sich gegen das Argument wehrten, dass sie den arbeitslosen Junglehrern den Platz wegnähmen. Aber sie hatte keinen Erfolg.

Der Lehrerinnenverein

Die Organisation der Frauen war unterschiedlich: 1924/25 waren unter den 914 BLV-Mitgliedern 235 weiblich. Daneben gab es den Lehrerinnenverein, der im Unterschied zum BLV nicht berufsständisch geprägt war. Er vereinigte Volksschullehrerinnen, Lehrerinnen der höheren Schulen, Berufs- und Fachschullehrerinnen und Lehrerinnen für Turnen und Nadelarbeit. Vorsitzende waren während der Weimarer Republik Anna Kalthoff, Emmy Grave und Elisabeth Forck. Der Verein kämpfte insbesondere für die Verbesserung der Mädchenbildung. Dabei arbeitete er mit dem »Frauenerwerbs- und Ausbildungsverein« zusammen. Ein Erfolg der Arbeit war die Einrichtung neuer höherer Schulen für Mädchen, nachdem schon 1916 das erste städtische Lyzeum an der Kleinen Helle eingerichtet worden war.

Foto: Das »Museum am Domshof« war von 1919 bis 1933 Sitz des Bremischen Lehrervereins. Das Gebäude war 1875 an Stelle eines älteren Vereinshauses von der bürgerlichen Bildungsgesellschaft »Museum« errichtet worden. 1911 war es an die benachbarte Deutsche Bank verkauft worden, die es an den BLV verpachtete. Das Haus brannte im zweiten Weltkrieg aus und wurde 1952 abgerissen.

Vereinskultur

Charakteristisch für diese Zeit ist, dass die Vereinsarbeit sich nicht auf pädagogische und schulpolitische Debatten beschränkte. Ähnlich wie in der Arbeiterbewegung gab es ein vielfältiges soziales und kulturelles Angebot. Im BLV gab es den Lehrgesangsverein, das Lehrerorchester, den Frauenchor, den Lehrer-Leseverein, das Vereinstheater, die Lehrer-Krankenkasse und die Verwaltung der Sterbekasse. Der Lehrerinnenverein organisierte Kabarettabende und jährliche Lehrerinnenfeste. Der Chronist des BLV, Hinrich Wulff, schrieb 1949: »Der Lehrerverein war eine kleine Welt für sich.«